



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Europa und Eine Welt
Herrn Patrick Kunz, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3683
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwwlvw.rlp.de
www.mwwlvw.rlp.de

9. März 2023

Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 9. März 2023

TOP 3 Reaktion auf das US-Klimaprogramm Inflation Reduction Act (IRA)
Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 18/31519

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt
am 9. März 2023 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt den beigefügten
Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 09.03.2023

TOP 3 Reaktion auf das US-Klimaprogramm Inflation Reduction Act (IRA)
 Antrag der Fraktion der FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT
 - Vorlage 18/3159 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst vielen Dank für die Möglichkeit zur Berichterstattung zu diesem aktuell viel diskutierten Thema, welches auf EU Ebene seitens der EU Kommission begleitet wird.

Der im August 2022 unterzeichnete „Inflation Reduction Act“ (kurz: IRA), verfolgt den Ansatz, die Klimatransformation in den USA einzuleiten und damit einen wirkungsvollen Beitrag zu mehr Klimaneutralität zu leisten. Dies ist grundsätzlich eine positive Tendenz, wie auch die Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede vom 4. Dezember 2022 vor Studenten im College of Europe in Brügge ausdrücklich betont hat.

Sie würdigte die Bestrebungen der USA mit dem IRA, einen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt zu leisten und verglich das Gesetz mit dem European Green Deal.

Darüber hinaus äußerte sich die Kommissionspräsidentin jedoch durchaus kritisch zu der „Buy American“ – Logik, die das Gesetz untermauert: In diesem sind teilweise protektionistische Klauseln enthalten, welche finanzielle Anreize für Unternehmen und Verbraucher in Aussicht stellen, soweit die Gewinnung von Rohstoffen, die Herstellung und die Zusammensetzung von Produkten, wie beispielsweise Komponenten, Batterien und Elektrofahrzeuge in Nordamerika stattfindet oder in Ländern, die ein Freihandelsabkommen mit den USA abgeschlossen haben.

Solche protektionistischen Elemente sind einerseits der Grund für die Bedenken der EU gegen das US Gesetz und andererseits der Anlass für die derzeit intensiven transatlantischen Diskussionen.

Nach Angaben der Kommissionspräsidentin arbeiten die EU und die USA gemeinsam daran, konkrete Lösungen zu finden, damit europäische Unternehmen auch von den finanziellen Maßnahmen des IRA profitieren können.

Es sollen Wege und Lösungen gefunden werden, um den transatlantischen Handel und die gegenseitigen Investitionen, möglichst nicht zu beeinträchtigen.

Ergänzend zu dem Ansatz, im Dialog mit den USA zu bleiben, um die Auswirkung des IRA für europäische Unternehmen zu entschärfen, schlägt die Kommissionspräsidentin weitere Maßnahmen vor; diese sind an die Mitgliedstaaten adressiert und haben zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

So soll ein sog. Net-zero Industry Act mit klar festgelegten Zielen für saubere Technologien und strategische Projekte in Europa bis 2030 vorgeschlagen werden.

Auch die sog. IPCEIs (Important Projects of Common European Interests) sollen schneller bearbeitet, leichter finanziert und für kleine Unternehmen und alle Mitgliedstaaten zugänglich gemacht werden können.

Ein Gesetz über kritische Rohstoffe sowie eine enge Zusammenarbeit mit den USA in einem sog. „Club für kritische Rohstoffe“ sind Vorschläge, die derzeit im Gespräch sind und zum Ziel haben, die transatlantische Kooperation zu vertiefen.

Der European Chips Act verfolgt die Zielsetzung, die europäische Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Halbleitertechnik zu stärken. Mit dieser Gesetzesinitiative soll die EU ihren weltweiten Marktanteil bei Halbleitern bis 2030, von derzeit 10 % auf mindestens 20 % verdoppeln. Im Rat der EU wurde die allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag der EU Kommission am 1. Dezember 2022 erreicht. Im EU Parlament hat sich der federführende Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie bereits mit European Chips Act befasst und am 24. Januar beschlossen, Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen. Dieser Beschluss wurde bei der Sitzung am 15. Februar im Plenum gebilligt, so dass derzeit davon auszugehen ist, dass die Gespräche zwischen EU Parlament und Rat stattfinden.

Dies ist der Stand der Verhandlungen und Diskussionen über die beiden Themen, Inflation Reduction Act und European Chips Act, auf EU Ebene.

Aus unserer Sicht bleibt zunächst das Ergebnis der Beratungen abzuwarten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.